



Resüme

zum bisherigen Verlauf des KONRAD-Erörterungstermins

Wer nur stundenweise am Erörterungstermin teilnehmen kann, hat zwar einen Eindruck wie der Termin selbst abläuft, nicht aber von den Ergebnissen. Wir beginnen darum heute eine Übersicht über die allgemeinen Ergebnisse des Termins. Natürlich gibt es daneben eine Vielzahl von Detailergebnissen zu einzelnen Punkten.

1. Das Verfahren ist rechtlich unhaltbar - die Planunterlagen sind nicht erörterungsfähig

Gleich zu Beginn des Erörterungstermins haben die Städte und Gemeinden (allen voran die Stadt Salzgitter) deutlich gemacht, daß das ganze derzeitige Verfahren rechtlich unhaltbar ist, weil die Planunterlagen nicht erörterungsfähig sind. Es fehlen z.B. die seit 1990 gesetzlich erforderliche Umweltverträglichkeitsstudie und Angaben über die Transportgefahren. Die Planunterlagen sind veraltet (es fehlen z.B. Untersuchungen über Risiken durch den erhöhten Luftverkehr nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten und viele Begriffe im Plan sind so unbestimmt, daß man darüber garnicht ernsthaft diskutieren kann.

2. Bundesregierung und Bundesamt für Strahlenschutz versuchen die niedersächsische Genehmigungsbehörde daran zu hindern, ihrer Sorgfaltspflicht nachzukommen !

Die niedersächsische Genehmigungsbehörde hat versprochen, alle Einwendungen ernst zu nehmen und die Sicherheit der Bevölkerung über alle anderen Fragen zu stellen. Darum findet der Erörterungstermin auch Nachmittags und Abends statt, damit normale Menschen teilnehmen können. Sobald die Genehmigungsbehörde Einwendungen aber wirklich ernst nimmt, z.B. der Anregung folgen will, den Erörterungstermin solange auszusetzen, bis die Planunterlagen vervollständigt sind, kommt Töpfer mit dem Weisungshammer und verbietet das. Und das ist wirklich ein Hammer, denn der Bundesumweltminister ist gleichzeitig Antragsteller und oberste Genehmigungsbehörde. Das Bundesamt für Strahlenschutz (das den Antragsteller im Erörterungstermin vertritt), verhöhnt unsere Einwendungen als "Lernfragen", verweigert ständig die Diskussion und maßregelt die Verhandlungsleitung.

3. Es ist völlig unklar, welcher Müll in KONRAD eingelagert werden soll !

Viele KollegInnen sagen: Ich bin gegen Atomenergie, aber der Atom Müll, der heute schon vorhanden ist, muß ja schließlich irgendwo hin. Der Erörterungstermin hat gezeigt: Bei KONRAD geht es überhaupt nicht um den Müll, der schon vorhanden ist. Der Antragsteller ist nichtmal bereit, darüber zu reden, wie mit dem schon vorhandenen Müll am besten umgegangen werden kann. Es sollen lediglich sog. "Einlagerungskriterien" festgelegt werden. Atom Müll, der diese Kriterien erfüllt, kann eingelagert werden, egal, ob er vor 10 Jahren angefallen ist oder erst morgen oder in drei Jahren produziert wird. Denkbar wäre also auch, daß Atom Müll aus anderen Ländern eingelagert wird, vielleicht sogar aus militärischen Anlagen, wenn er nur die Kriterien erfüllt. Zudem sind die Kriterien so allgemein gehalten und sollen so veränderbar sein, daß nach dem Planfeststellungsbeschluß dann möglicherweise auch noch ganz anderer Müll eingelagert werden könnte. Fazit: Wenn völlig offen bleiben soll, was für Müll eingelagert werden darf, lassen sich auch die Gefahren eines Endlagers KONRAD nicht exakt bestimmen.

4. Das Endlager ist wie ein großer chemischer Reaktor, aber: der Antragsteller kennt die chemischen Prozesse im Müll überhaupt nicht !

Der Müll, der in KONRAD eingelagert werden soll, ist nicht nur radioaktiv, sondern besteht aus einer Vielzahl chemischer Substanzen. Um die Gefahren des Endlagers beurteilen zu können, muß man darum nicht nur wissen, wie radioaktiv die einzelnen Stoffe sind, sondern auch, wie sie (jeder Stoff für sich und untereinander) chemisch wirken. Der Erörterungstermin hat gezeigt, daß das Bundesamt für Strahlenschutz hierzu keine umfassenden Untersuchungen vorlegen kann, verblüffender Weise sogar viele elementare Zusammenhänge garnicht kennt.

5. KONRAD ist in unserer Region politisch nicht durchsetzbar: - der Kinder wegen, der Arbeitsplätze wegen, und weil wir alle es nicht wollen !

Kinder mit ihren Eltern, der Vorsitzende der Kinderkommission des Bundestages, Wilhelm Schmidt (SPD), SchülerInnen und ganze Schulklassen, die im Erörterungstermin waren, haben gesagt: Wir wollen KONRAD nicht, damit auch zukünftige Generationen hier leben können. KollegInnen aus den Metallbetrieben waren da und haben auf die Bedrohung von Leib, Leben, Gesundheit und Arbeitsplätzen durch KONRAD hingewiesen. Landwirte haben mit Schleppern demonstriert und waren in der Leichtbauhalle: Wir wollen unversehrte Nahrungsmittel produzieren, KONRAD gefährdet unsere Existenz. Leute aus den Kirchen waren da und haben gesagt: So könnt ihr mit der Welt nicht umgehen. Das Bundesamt für Strahlenschutz hat gesagt, wir würden damit den Erörterungstermin als politisches Forum mißbrauchen. Richtig ist: Mit ganz unterschiedlichen Mitteln haben viele Menschen diesen Termin benutzt, um deutlich zu machen, daß ein Atom Müll-Endlager KONRAD politisch nicht durchsetzbar ist. Auch das ist ein wichtiges Ergebnis des Erörterungstermins.

Wie geht's weiter ? -

Zur Zeit werden Fragen aus dem sog. Themenkomplex 2 "Abfälle, Endlagerbedingungen, Entsorgungskonzept" erörtert. Hierzu gehören alle Fragen, wie: -Woher kommt der Müll, der in KONRAD eingelagert werden soll; -welche Eigenschaften hat dieser Müll, welche Gefahren können von ihm ausgehen, welche Eigenschaften werden an den Müll gestellt, damit er eingelagert werden kann. Ein ganz wichtiger Aspekt ist die sog. **Produktkontrolle**. Viele KollegInnen gehen davon aus, daß bei jedem Faß, das angeliefert wird, genau geprüft wird was drin ist. Tatsächlich sollen in der Regel nur die Begleitpapiere überprüft und der Müll oberflächlich gemessen werden. Nur Hin und Wieder wird ein Faß genauer untersucht. So läßt sich ins Endlager allerlei einschmuggeln, was garnicht reinsoll. Stichworte: TransNuklear-Skandal, Blähfässer. Zu diesem Themenkomplex gehören auch die Fragen des **Entsorgungskonzeptes**, z.B.: Ist es überhaupt sinnvoll, den Müll nicht rückholbar endzulagern ? - Wer garantiert unsere Sicherheit, wenn die Endlager wie geplant privatisiert werden ? - Welcher Atom Müll ist im Rahmen des EG-Binnenmarktes zu erwarten, usw.

Im Themenkomplex 3 werden Fragen der **Langzeitsicherheit** erörtert werden. Hierzu gehören prinzipielle Fragen, z.B.: -Kann man für den erforderlichen Zeitraum von hunderttausenden von Jahren überhaupt realistische Prognosen abgeben, wie auch sehr konkrete Fragen der Geologie bei KONRAD, wie Atom Müll und Gestein aufeinander wirken, ob eingelagerte Stoffe aus dem Endlager austreten können, was alles passieren kann, wenn der Endlagerbetrieb eines Tages abgeschlossen ist. Vermutlich wird die Erörterung dieses Themenbereiches bis etwa Mitte November dauern.

Die nächsten Verhandlungstage, voraussichtliche Verhandlungszeiten und -themen: (werktäglich ab ca. 17.00 Uhr und Samstags werden Einwendungen von BürgerInnen vorrangig behandelt)

Mi. 28.Okt. 12.30 - 21.00 Uhr

Themen: Abfalleigenschaften (Einwendung Stadt Salzgitter) und chemische Reaktionsprozesse im einzulagernden Müll (Einwendung Prof. Dr. Rolf Bertram)

Do. 29.Okt. 10.00 - 20.00 Uhr

Themen: Weitere Einwendungen der Stadt Salzgitter, z.B. zur "Produktkontrolle"

Fr. 30.Okt. 12.30 - 21.00 Uhr

Themen: Voraussichtlich Entsorgungskonzept; Beiträge haben angekündigt: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschlands (BUND, Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, Prof. Dr. Armin Weiß, Mitglied des Bayrischen Landtages)

Sa. 31.Okt. 10.00 - 16.00 Uhr

Themen: vermutlich noch Fragen zum Themenkomplex 2 (Abfälle, Endlagerbedingungen, Entsorgungskonzept), in jedem Falle werden Einwendungen von BürgerInnen bevorzugt behandelt.